

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz

Schifführerin

Gäste/Sachverständige:

Frau Martina Wallwaey

Leiterin der AWO Seniorentagepflegestätte
"Heinrich Albertz"

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten vom 15.06.2000; STV/0548/2011
hier: 1. Änderung des § 5 Abs. 2
2. Änderung des § 5 Abs. 5 Satz 1
- Antrag des Magistrats vom 14.11.2011 -
3. Erlass der Satzung über den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen STV/0653/2012
- Antrag des Magistrats vom 17.01.2012 -
4. Berichtsantrag zur Beteiligung der Stadt Gießen am Projekt "Leon - Hilfe - Inseln" STV/0679/2012
- Antrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2012 -
5. Einrichtung einer Wärmestube/eines Aufenthaltsraumes mit Ausschank STV/0687/2012
- Antrag der Die Linke. Fraktion vom 31.01.2012 -
6. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. **8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten vom 15.06.2000;** **STV/0548/2011** hier: **1. Änderung des § 5 Abs. 2** **2. Änderung des § 5 Abs. 5 Satz 1** **- Antrag des Magistrats vom 14.11.2011 -**

Antrag:

„Dem in der Anlage beigefügten Entwurf der 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten wird zugestimmt.“

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, erkundigt sich, ob die Mittel, die der Landkreis durch die Minderausgaben bei der Grundsicherung im Alter einspare, (der Bund übernehme dies jetzt zu 45%) vom Landkreis für den Bereich Mittagessen in den Kitas eingesetzt werden können. ZAUG beklage weniger Mittel zur Verfügung zu haben, der Hauptträger sei der Kreis, und der habe durch die Minderausgaben bei der Grundsicherung im Alter mehr Mittel zur Verfügung.

Stv. Becker, CDU-Fraktion möchte wissen, ob eine Ausschreibung stattgefunden habe.

Außerdem bittet er den Magistrat um eine Darstellung, wie viel Geld ZAUG fehle und welcher Betrag durch die Erhöhung an Mehreinnahmen erwartet werde (Mengengerüst und Kalkulation).

Beratungsergebnis: Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück und bittet den Magistrat, die Fragen bis zur Stadtverordnetenversammlung schriftlich zu beantworten.

3. **Erlass der Satzung über den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen** **STV/0653/2012** **- Antrag des Magistrats vom 17.01.2012 -**

Antrag:

„Der beigefügte Entwurf (Anlage 1) wird als Satzung beschlossen.“

Stv. Sator, CDU-Fraktion bittet, in § 2 (4) unter

7. mit der/**dem** städtischen Behindertenbeauftragten

zu ergänzen.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, beantragt, § 4 1, 1. **wie folgt zu ändern:**

„1. je ein Stadtverordneter, aller im Stadtparlament vertretenen Fraktionen“.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, äußert, es sei durchaus beabsichtigt und ihrer Auffassung nach richtig, die Zahl der politischen Vertreter zu begrenzen (analog Seniorenbeirat).

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, betont, es solle hier kein neues Gremium der Politik und Verwaltung geschaffen werden, sondern in erster Linie sollen Betroffene zu Wort kommen.

Stv. Becker, CDU-Fraktion, möchte geklärt haben, wo die Geschäftsstelle des Beirates eingerichtet werden solle und welche Kosten dabei entstehen. Die in der Vorlage gewählte Formulierung halte er für eine Art „Freibrief“ für den Magistrat. Aus diesem Grunde werde die CDU-Fraktion der Vorlage heute nicht zustimmen.

Stv. Grothe vertritt die Auffassung, es handele sich hier zunächst um den Arbeitsauftrag an den Magistrat, eine Geschäftsstelle einzurichten. Die Frage der Kosten müsse - wenn überhaupt - an anderer Stelle thematisiert werden.

Auf die Anregung des **Stv. Beltz**, Die Linke-Fraktion, den Verein „Zentrum für selbstbestimmtes Leben e. V.“ als Mitglied in den zu gründenden Beirat aufzunehmen, erklärt **Frau Becker**, Leiterin des Amtes für Soziale Angelegenheiten, der Verein habe die Mitgliedschaft bereits selbst beantragt.

Stv. Bietz spricht sich gegen die Mitgliedschaft des „Zentrums für selbstbestimmtes Leben e.V.“ zum jetzigen Zeitpunkt aus. Da es sich um einen relativ „jungen“ Verein handele, wisse man noch zu wenig über seine Arbeit. Es bestehe die Möglichkeit, den Verein später als kooptiertes Mitglied aufzunehmen.

Die übrigen Ausschussmitglieder teilen die Auffassung der Stv. Bietz.

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, dass für Menschen mit wenig Geld in Gießen eine Wärmestube mit Ausschank eingerichtet wird. Dabei soll es keinen Zwang zum Verzehr und moderate Preise geben.“

Stv. Beltz, Die Linke. Fraktion, begründet den Antrag. Er vertritt die Auffassung, dass auch Menschen mit geringem Einkommen einem Raum brauchen, in dem sie sich vor Kälte und Regen geschützt aufhalten und miteinander kommunizieren können.

Stv. Becker, CDU-Fraktion, vertritt die Auffassung, dass mit einem solchen Raum angesprochene Klientel wolle sich draußen aufhalten. Außerdem halte er das Angebot an Aufenthaltsmöglichkeiten für Obdachlose in Gießen für ausreichend und lehne den Antrag aus diesen Gründen ab.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, gibt zu Bedenken, dass der vom Antragsteller befürwortete Alkoholausschank und die Kälte, in die die Besucher spätestens beim Schließen der Einrichtung wieder entlassen würden, eine sehr gefährliche Mischung sei.

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, macht deutlich, es gehe hierbei nicht in erster Linie um Obdachlose, sondern um die Gießener Trinkerszene. Ein Großteil dieser Menschen habe einen festen Wohnsitz. Es könne nicht sein, dass die Stadt zum Betreiber einer günstigen Kneipe werde.

Er regt an, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses einen Bericht zum Thema Straßensozialarbeit über die aktuelle Situation in Gießen zu hören.

Dieser Vorschlag findet die Zustimmung der übrigen Ausschussmitglieder.

Beratungsergebnis: Einstimmig abgelehnt.

6. **Verschiedenes**

Vorsitzender gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 14.03.2011, 19:00 Uhr, gemeinsam mit dem Sozialausschuss des Landkreises Gießen stattfindet.

Stv. Bietz regt an, den Bericht „Straßensozialarbeit“ in der Sitzung am 09.05.2012 vorzusehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) K r i e g e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z